



N i e d e r s c h r i f t

über die 12. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 22.06.2022

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:00 Uhr

Teilnehmer/innen:

Stadtrat

Herr Stadtrat Parpart

SPD

Frau Stadtverordnete Böttger-Türk

Frau Stadtverordnete Czak

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Reimelt

CDU

Herr Stadtverordneter Dr. Brin

Frau Stadtverordnete Dertwinkel

Herr Stadtverordneter Holz

DIE GRÜNEN PP

Frau Stadtverordnete Coordes

Frau Stadtverordnete Fensak, MdBB

Frau Stadtverordnete Hoch

Frau Stadtverordnete Niehaus

BIW

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld

DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Brand

FDP

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD

Herr Stadtverordneter Koch

Ferner anwesend:

Frau Dr. Lindner

Herr Blatz

Protokollführer

Weitere Teilnehmer/innen:

Gesundheitsamt:	Herr Möckel Herr Schröder Frau Huwig entschuldigt
Rechnungsprüfungsamt:	Frau Türke
Gesamtpersonalrat:	Frau Schmidt entschuldigt
Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:	nicht anwesend
Schwerbehindertenvertretung:	
Frauenbeauftragte für Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:	

Herr Stadtrat Caloglu ist kurzfristig coronabedingt erkrankt, sodass Herr Stadtrat Parpart die Vertretung als Ausschussvorsitzender des Gesundheitsausschusses übernimmt.

Herr Stadtrat Parpart begrüßt die Ausschussmitglieder zur 12. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses. Zudem begrüßt Herr Stadtrat Parpart die Personalräte und die Gästin, Frau Dr. Lindner, von der Arche Klinik der Diakonie Bremerhaven.

Stadtverordneter Herr Lichtenfeld vertritt Herrn Grotheer (Bürger in Wut) und der Stadtverordnete Herr Koch vertritt Herrn Kupke (AfD).

Herr Parpart stellt fest, dass der Gesundheitsausschuss beschlussfähig ist, die Tagesordnung und die Ausschussunterlagen form- und fristgerecht gestellt wurden. Herr Parpart kündigt an, dass die Tagesordnung geändert werden soll, sodass der Tagesordnungspunkt 5.1 „Antrag Nr. StVV – AT 1/2022 (§ 36 GOStVV) der Fraktion Grüne PP hier: Befunde der Schuleingangsuntersuchungen stadtteilbezogen erfassen – mündlicher Bericht Herr Möckel“ vorgezogen wird. Der Antrag wird nach dem Tagesordnungspunkt 3 Sachstandsbericht behandelt. Die Änderung der Tagesordnung wurde von den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses einstimmig beschlossen.

1. Einwohnerfragestunde

Herr Stadtrat Parpart teilt mit, dass für die aktuelle Sitzung keine Einwohnerfragen vorliegen.

2. Genehmigung der Niederschrift

2.1. **Genehmigung der Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 29.03.2022** **GA 11/2022**

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift bei drei Enthaltungen, des Stadtverordneten Herrn Holz, des Stadtverordneten Herrn Lichtenfeld und des Stadtverordneten Herrn Koch einstimmig.

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift in der beigefügten Fassung.

3. Sachstandsbericht

Herr Stadtrat Parpart fragt die Ausschussmitglieder, ob Wortbeiträge oder Anmerkungen gewünscht sind.

Der Stadtverordnete Holz (CDU) erbittet das Wort. Herr Holz weist darauf hin, dass sich die CDU wünscht, dass die Organisationsuntersuchung bis zur nächsten Sitzung bzw. bis zum Ende des Jahres 2022 ausgeschrieben wird, sodass die Organisationsuntersuchung auch zeitnah durchgeführt werden kann.

Herr Möckel führt hierzu an, dass die bisherigen Planungen so zugesagt wurden und im Sachstandsbericht aktuell berichtet wird.

Frau Stadtverordnete Reimelt (SPD) meldet sich zur laufenden Nummer 1 und verweist auf einen Zeitungsbericht, dem zu entnehmen war, dass zwischenzeitlich ein Treffen des Gesundheitsdezernenten Herrn Caloglu, dem Oberbürgermeister Herrn Grantz und dem Amtsleiter des Gesundheitsamtes, Herrn Möckel, mit der niedersächsischen Ministerin für

Soziales, Gesundheit und Gleichberechtigung, Frau Daniela Behrens, stattgefunden hat. Frau Reimelt möchte gerne den aktuellen Sachstand hierzu wissen, ob Handlungsempfehlungen entwickelt worden sind oder wie sich die weitere Zusammenarbeit darstellt.

Herr Stadtrat Parpart bittet Herrn Möckel, hierzu Stellung zu nehmen. Herr Möckel berichtet, dass beim ersten Austausch von Daten festgestellt wurde, dass die Versorgung von Fachärzten und Allgemeinmedizinern im umliegenden Landkreis noch schlechter ist als in Bremerhaven. Im Ergebnis ist festgestellt worden, dass wir das Problem des Ärztemangels nur gemeinsam mit dem Landkreis lösen können. Dazu gibt es zurzeit nicht mehr als eine Absichtserklärung. Es ist ein Treffen mit den „Kassenärztlichen Vereinigungen Niedersachsen und Bremen“ geplant, um eine gemeinsame Lösung anzusprechen.

Frau Stadtverordnete Reimelt meldet sich zu Wort und weist darauf hin, dass das Thema „Schwangerschaftsabbrüche“ vom Sachstandsbericht entfernt werden kann. Sollten sich später noch neue Erkenntnisse oder Schwierigkeiten ergeben, werde man sich an den Stadtrat bzw. an das Gesundheitsamt wenden.

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

GA 12/2022

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

5. Anfragen/Anträge

5.1. Antrag Nr. StVV - AT 1/2022 (§ 36 GOSTVV) der Fraktion Grünen PP hier: Befunde der Schuleingangsuntersuchungen stadtteilbezogen erfassen - mündlicher Bericht Herr Möckel

Zunächst wird, wie angekündigt, der Antrag der Grüne PP zum Thema „Antrag Nr. StVV – AT 1/2022 (§ 36 GOSTVV) der Fraktion Grüne PP hier: Befunde der Schuleingangsuntersuchungen stadtteilbezogen erfassen – mündlicher Bericht Herr Möckel“ behandelt.

Herr Stadtrat Parpart erteilt Herrn Möckel das Wort. Herr Möckel führt aus, dass sich der o. g. Antrag auf den Landesgesundheitsbericht Bremen 2019 bezieht, in dem die Daten aus Bremerhaven berücksichtigt wurden. In Bremerhaven werden diese Daten allerdings schulbezogen erhoben und nicht nach Stadtteilen. Eine Erhebung der Daten zur Schuleingangsuntersuchung nach Stadtteilen und Wohnorten würde nur mit erheblichem Aufwand zu realisieren sein. Diese erhobenen Daten aus den Schuleingangsuntersuchungen werden auch genutzt, zuletzt zum Beispiel bei der Auswahl geeigneter oder notwendiger Schulen für den Einsatz der Gesundheitsfachkräfte an den Schulen. Herr Möckel weist auch darauf hin, dass das Gesundheitsamt die Daten geschlechterbezogen erhebt, wie es im Antrag der Fraktion Grüne PP gefordert wurde. Zuletzt bezieht sich Herr Möckel auf die Bitte nach regelmäßigen Ergebnisberichten im Gesundheitsausschuss. Hierzu erläutert Herr Möckel, dass ein Format entwickelt werden muss, in dem das Geeignete zu berichten sei, das im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung nach Vorgaben der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz standardisiert erhoben wird. Hier sieht Herr Möckel das Land Bremen in der Verantwortung, da das Land nach § 9 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen (Gesundheitsdienstgesetz - ÖGDG) hierzu verpflichtet ist. Herr Möckel unterstreicht, dass mit Zunahme der Digitalisierung und der vorhandenen Daten eine kleinteiligere Berichterstattung möglich sein wird und fügt an, dass sich das Berichten noch verbessern muss.

Herr Freemann meldet sich zu Wort und bestätigt, dass aus seiner Sicht das in Bremerhaven durchgeführte Verfahren der Datenerhebung für Bremerhaven besser geeignet ist als das in Bremen durchgeführte stadtteilbezogene Verfahren. Für Bremen mag das Verfahren aufgrund der Größe der Stadt Bremen besser geeignet sein. Die Projekte, insbesondere das Projekt „Gesundheitsfachkräfte an den Schulen“, zielen genau auf die Schulen ab und deshalb sei das Verfahren für Bremerhaven richtig. Da Herr Möckel bereits zugesagt hat, dass die Berichterstattung besser werden muss, sieht Herr Freemann auch keinen Handlungsbedarf. Herr Freemann regt an, dass diese Daten in dem Sozialmonitoring (Sozialreferat) einfließen müssen und dass das Schulamt diese Daten erhalten müsse. Aus diesen Gründen wird die FDP den Antrag der Grüne PP ablehnen.

Frau Stadtverordnete Hoch (Grüne PP) meldet sich zu Wort und gibt an, dass sie die Haltung der FDP nicht nachvollziehen kann und wirbt nochmals für den Antrag der Fraktion Grüne PP.

Herr Stadtrat Parpart führt hierzu aus, dass diese Daten bei der Sozialraumplanung berücksichtigt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass viele Daten im Magistrat erhoben werden, die für eine Sozialraumplanung insgesamt wichtig sind, allerdings müssen die EDV-Schnittstellen definiert werden, damit diese Daten auch mit dem Land Bremen koordiniert werden können. Daran müsse noch gearbeitet werden. Es werden viele Daten im Sozialreferat gesammelt, damit diese für die Planungen in jedem Bereich, z. B. im Schulamt und Gesundheitsamt, genutzt werden können. Dafür benötige man fundierte Daten, dazu zählen auch kleinteilige Daten, die in den Bericht einfließen.

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld fragt nach der Erfassung der schulpflichtigen Kinder und wie Daten der Kinder erfasst werden.

Hierzu führt Herr Möckel das Verfahren zur Schuleingangsuntersuchung aus.

Anschließend lässt Herr Stadtrat Parpart über den Antrag der Fraktion Grüne PP abstimmen. Der Antrag wird mit 5 Stimmen für den Antrag und 9 Stimmen gegen den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

4. Vorlagen / Vorträge

4.1. Vorstellung Arche, Tagesklinik Frau Dr. Lindner (siehe Berichtsbitte SPD, CDU und FDP) E-Mail vom 04.05.2021

Anschließend beantwortet Frau Dr. Lindner Fragen der Ausschussmitglieder.

Das von Frau Dr. Lindner vorgestellte Thesenpapier bezüglich der Auswirkungen der Corona Pandemie auf die psychische und sozialemotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

4.2. Bericht des Gesundheitsamtes zur aktuellen Situation von Flüchtenden aus der Ukraine

Herr Möckel berichtet über die Situation von Flüchtenden aus der Ukraine.

4.3. Corona Sachstand - mündlicher Vortrag von Herrn Möckel

Herr Möckel berichtet über den aktuellen Sachstand zur Corona-Pandemie.

Herr Stadtverordneter Brin (CDU) meldet sich zu Wort und fragt nach dem Sachstand der einrichtungsbezogenen Impfpflicht.

Herr Möckel führt dazu aus, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht seit dem 16.03.2022 gilt. Das Gesundheitsamt erhält die Mitteilungen über das eingerichtete Meldeportal. Jedoch sei das Gesetz nicht so eindeutig wie gewünscht, sodass nur überprüft werden kann, wenn auch gemeldet wird. Obwohl das Gesundheitsamt gesetzlich nicht kontrollieren darf, wer seiner Meldepflicht nicht nachgekommen ist, darf sich das Gesundheitsamt von Mitarbeiter:innen der Unternehmen nachweisen lassen, ob diese geimpft sind. Hier ist man noch in der Prüfung und hoffentlich alsbald in der Umsetzung. Parallel hat man dazu ein erstes und zweites Anschreiben an Mitarbeiter:innen, die gemeldet worden sind, gesendet, deren Immunitätsnachweis zweifelhaft oder nicht vorgelegt wurde. Zurzeit warte man auf die Rückläufer der Anschreiben. Zusammenfassend kann man sagen, dass es noch keine Betretungsverbote gegeben hat und in den nächsten Wochen auch keine Betretungsverbote ausgesprochen werden.

6. weitere Anfragen/Anträge

6.1. Sachstand Präventionsschutzgesetz - mündlicher Bericht Herr Möckel

Herr Möckel berichtet, dass die Stelle des/der Gesundheitswissenschaftlers/in als Präventionsfachkraft zum September 2022 besetzt sein wird. Herr Möckel war mit der Bewerberlage sehr zufrieden und geht davon aus, dass man sich qualitativ sehr verbessern wird. Des Weiteren teilt Herr Möckel mit, dass das Projekt „Gesundheitsfachkräfte an den Schulen“ ausgeweitet wird, in welchen Umfang, steht zurzeit noch nicht fest. Die Finanzierung der Ausweitung ist zumindest für den laufenden Doppelhaushalt (2022/2023) gesichert. Bekannt ist, dass das Projekt über die Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e. V. (LVG) finanziert wird. Die Gesundheitsfachkräfte in den Quartieren (Landesprojekt aus dem Bremen-Fonds) haben ihre Arbeit aufgenommen. Hierbei handelt es um drei Mitarbeiterinnen. Zwei Mitarbeiterinnen hat Herr Möckel kürzlich kennengelernt. Es gibt bereits erste Zusammenarbeiten und Kooperationen, z. B. beim Thema Impfen in den Quartieren.

7. Verschiedenes

Es liegt nichts weiter unter Verschiedenes vor.

Herr Parpart beendet die Sitzung um 17:00 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführer

gez.

Parpart
Stadtrat

gez.

Blatz